

DRINGLICHKEITSANTRAG

des **Landtagsklubs FRITZ – Bürgerforum Tirol**

bzw. der Abgeordneten KO Dr. Andrea Haselwanter-Schneider und Dr. Andreas Brugger

betreffend:

**Mehr Sicherheit für unsere Kinder:
„Jedem Kind sein Sitzplatz im Schulbus!“**

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

DRINGLICHKEITSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend dafür zu sorgen, dass in Tirol ausreichend Busse (vor allem zu den Schulbeginn- und Schulendzeiten) eingesetzt werden, damit die Kinder und Jugendlichen sicher zur Schule und wieder nach Hause gebracht werden können. Diese Forderung inkludiert, dass für jedes Kind ein Sitzplatz inkl. Gurt zur Verfügung steht. Sollte die Landesregierung den Grundsatz ´Jedem Kind sein Sitzplatz im Schulbus` als unfinanzierbar bewerten, hat sie ein Modell auszuarbeiten, das gestaffelte Beginnzeiten an den Schulen Tirols vorsieht.“

Bei Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge der Antrag gem. § 27 Abs 3 GeoLT dem **Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Verkehr und Umwelt** zugewiesen werden.

B E G R Ü N D U N G:

Als Grundsatz für die sichere Kinderbeförderung bei PKW, Kombis und LKW bis zu 3,5t höchstzulässigen Gesamtgewichtes gilt die Verwendung von geeigneten Rückhaltevorrückungen. Diese Regelung findet sich im §106 des KFG 1967. Ausgenommen von dieser Regelung sind Fahrzeuge der Klassen M2 (Busse und Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit mehr als 8 Sitzen außer dem Fahrersitz und bis zu 5t zulässigem Gesamtgewicht) sowie M3 (Busse und Fahrzeuge zur Personenbeförderung über 5t zulässigem Gesamtgewicht), die nicht im Kraftlinienverkehr eingesetzt werden.

Vorrangig von dieser gesetzlichen Regelung betroffen sind somit die Busse, die für den täglichen Transport der Kinder und Jugendlichen zur Schule und wieder zurück sorgen. Diese oben angesprochene Ausnahmeregelung steht im krassen Gegensatz zum allgemeinen Grundsatz der sicheren Beförderung von Kindern.

Es ist ein Faktum, dass ein großer Prozentsatz der beförderten Kinder und Jugendlichen ohne Sitzgelegenheit im Bus bleibt. Dies ist aus unserer Sicht unverantwortlich und es besteht eine Bedrohung bzw. Gefährdung von Leib und Leben!

Vom „gesicherten“ Platz im Elternauto werden die Kinder dem „ungesicherten“ öffentlichen Verkehr überlassen.

Es ist unbedingt notwendig, den § 106 Abs. 5 KFG dahingehend abzuändern, dass es keine Ausnahmen bei der Verwendung von geeigneten Rückhaltevorrückungen für Kinder und Jugendliche mehr geben darf. Nachdem für die Novellierung dieses Gesetzes der Bund zuständig ist, zielt dieser Antrag auf die Eigenverantwortlichkeit der Tiroler Politik ab und es wird die Landesregierung aufgefordert, modernes Busmaterial auf den Strecken einzusetzen, die Kinder und Jugendliche von und zur Schule transportieren. In modernen Bussen ist es Standard, dass es für jeden Sitzplatz auch einen Gurt gibt!

Geradezu absurd erscheint die so genannte Zählregel. Mit der 29. KFG Novelle (1. September 2008) konnte eine Änderung der Zählregel für Kinder im gesamten Gelegenheitsverkehr eingeführt werden. Diese gilt aber nicht für Omnibusse im **Kraftlinienverkehr**. Hier ist es bei der Zählregel 3:2 geblieben (§106 Abs. 1 letzter Satz KFG). Dies bedeutet, dass sich 3 unter 14-Jährige zwei Sitzplätze teilen können! Gerade in Tirol fahren sehr viele Kinder und Jugendliche mit dem Kraftlinienverkehr von und zur Schule und dadurch sind sie einer besonderen Gefährdung ausgesetzt!

Eine Aktion von Ö3 in der Kalenderwoche 43 dieses Jahres hat auf die teils unzumutbaren Zustände aufmerksam gemacht. Sehr viele besorgte Eltern, auch aus Tirol, haben sich beim Radiosender gemeldet und die Situation geschildert. So fahren Busse beispielsweise mit 100 km/h über die Brennerautobahn und die Kinder und Jugendlichen „kleben“ nahezu an der Windschutzscheibe und blockieren die Ausgänge. Ähnlich die Situation in vielen Mittelgebirgsgemeinden mit teils steilen Straßenstücken auf denen gerade im Winter ein erhöhtes Unfallrisiko vorliegt. Die Kinder und

Jugendlichen werden auch immer mobiler, so dass sie auch immer öfter Schulen besuchen, die von den Heimatgemeinden weiter entfernt sind. Das führt auch zu einem höheren Schüleraufkommen in der Landeshauptstadt. Die Verkehrsunternehmen haben darauf nicht reagiert und setzen das immer gleich große Busmaterial ein. Dies hat zur Folge, dass Kinder und Jugendliche nach der Schule gar nicht mehr mitgenommen werden können, weil der Bus schon voll ist und sie eine Stunde und mehr auf den nächsten Bus warten müssen. Aus unserer Sicht müssen Verkehrsunternehmen darauf reagieren und gerade im Frühverkehr und an den Nachmittagen zusätzliche Busse einschieben, damit die Kinder und Jugendlichen sicher transportiert werden können.

Zu einer weiteren Entspannung der Situation könnten unterschiedliche Beginnzeiten in den Schulen beitragen. Dieser Diskussion wird sich auch die Tiroler Landesregierung stellen müssen.

Es ist außerdem zu erwähnen, dass die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol in der vergangenen Landtagsperiode schon einmal einen ähnlich lautenden Antrag eingebracht hat, der dann bis zum Ende der Legislaturperiode ausgesetzt geblieben ist, trotz eines entsprechenden Fristsetzungsantrages.

Dieser jetzt vorliegende Antrag ist ein weiterer Schritt in der von Landeshauptmann Platter verkündeten Zielsetzung, Tirol zum „kinderfreundlichsten Bundesland“ machen zu wollen.

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass jetzt kurz nach Schulbeginn teils untragbare Zustände im öffentlichen Linienverkehr bekannt geworden sind, die es umgehend zu beheben gilt.

Innsbruck, am 06. November 2014